

REGIONALES BRAUCHTUM
HEUTE: KREUZBERG

GIPFEL BUSH/ABDULLAH: DER SAUDISCHE FRIEDENSPLAN IST SO GUT WIE TOT

Immerhin: Das Öl fließt weiter

Eigentlich hatte das Treffen zwischen dem US-Präsidenten George W. Bush und dem saudischen Kronprinzen Abdullah schon voriges Jahr stattfinden sollen. Es wurde aber verschoben, weil die Saudis über die proisraelische Haltung der Bush-Administration verärgert waren. Zudem begann man in Washington, an der Bündnistreue der Saudis zu zweifeln, nachdem der Wüstenstaat sich gegen die Ausweitung des Antiterrorkrieges auf den Irak ausgesprochen hatte. So gesehen ist es ein Wunder, dass der Gipfel überhaupt stattgefunden hat. Und wenig verwunderlich, dass seine Ergebnisse für beide Seiten sehr mager ausgefallen sind.

Zum einen herrscht nach wie vor Uneinigkeit über die Zusammensetzung der Achse des Bösen. Die Saudis betrachten weiterhin nicht Saddam Hussein, sondern den israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon als Bedrohung für Frieden und Stabilität im Nahen Osten. Das Regime in Bagdad kann sich infolgedessen eine Atempause leisten: Ein US-Angriff gegen Irak ist ohne Zustimmung Saudi-Arabiens unmöglich. Zum anderen konnte der saudische Prinz nicht die geringste An-

derung an der Haltung der USA im israelisch-palästinensischen Konflikt erwirken. Bush will und kann vielleicht auch keinen Druck auf Israel ausüben. Der US-Präsident fordert zwar einen israelischen Abzug aus dem Autonomiegebiet. Er sagt aber nicht, wann, und hält noch immer an seiner These fest, Scharon sei ein Mann des Friedens. Die verbale amerikanische Unterstützung der saudischen Friedensinitiative nach der Zerstörung der Autonomiebehörde hat keinen praktischen Wert. Der saudische Friedensplan so gut wie tot.

Immerhin hat das Treffen auch eine gute Nachricht für die übrige Welt produziert: Saudi-Arabien will sein Öl nicht als Waffe im Nahostkonflikt einsetzen. Ob sich dieses Versprechen jedoch lange halten lässt, ist fraglich. Der Druck der Massen auf die Herrscher wächst angesichts der Bilder vom unerträglichen Leiden der Palästinenser tagtäglich – auch in den reichen arabischen Golfstaaten. Die Rufe nach einem Boykott amerikanischer Waren und dem Zudrehen des Ölhahns werden lauter.

ABDEL MOTTALEB HUSSEINI

Freier Journalist aus dem Libanon, lebt in der Eifel

DAS STAMMZELLENGESETZ IST GUT GEMEINT – ABER NICHT GUT GEMACHT

Ein schlechter Kompromiss

Das Stammzellengesetz hat im Bundestag eine große Mehrheit bekommen. Es ist erstaunlich, wie viele Politiker den diffusen Heilsversprechen einiger weniger Wissenschaftler Glauben geschenkt haben. Etlliche Wechsel auf die Zukunft wurden ausgestellt. Mit der fernen Aussicht auf Therapie lassen sich offenbar auch Leute aktivieren, die seit Jahren für die immer eklatanteren Defizite im Gesundheitswesen keine Lösung finden.

Dabei sind die Ressourcen dort knapper denn je. Alte und chronisch Kranke sind in Deutschland medizinisch unterversorgt. In diesem Bereich besteht Nachholbedarf, wie der Sachverständigenrat in drastischen Worten festgestellt hat – nicht in der Finanzierung von Wolkenskuckucksheimen ehrgeiziger Grundlagenforscher. Trotzdem wird jetzt der Weg für eine kostenintensive Forschung gebahnt, deren Erfolg auch Fachleute massiv bezweifeln. Manche Politiker werden bei ihrer Entscheidung für das Stammzellengesetz dem Gerede um den Wissenschaftsstandort Deutschland Priorität eingeräumt haben. Dabei spielt die Bundesrepublik in

der Forschung längst nicht mehr in der Ersten Liga, und die wenigen Spitzenkräfte, die es gibt, haben längst zu lukrativeren Bedingungen an besser ausgestattete Institute im Ausland gewechselt. Insofern mag die Regelung zum Stammzellengesetz gut gemeint sein – gut gemacht ist sie nicht.

Tatsächlich ist die Regelung ein Zwittler. Für die Hand voll deutscher Wissenschaftler, die sich wirklich intensiv mit embryonalen Stammzellen befassen, bleibt sie zu restriktiv. Sie werden weiter auf andere Forschungsschwerpunkte oder ins Ausland ausweichen müssen. Sei's drum. Für die Gegner der Stammzellenforschung lässt das Gesetz dagegen zu viele Hintertüren offen, besiegelt den Durchbruch in der medizinischen Forschung und weicht ehemals feste ethische und moralische Positionen weiter auf. So hilfreich Kompromisse ansonsten sind – in diesem Fall bietet der vermeintliche Mittelweg weder für die Wissenschaftler noch für die Gegner der Stammzellenforschung einen praktikablen Ausweg.

WERNER BARTENS

Der Autor ist Arzt und Redakteur der Badischen Zeitung

OSWALD METZGERS KRITIK AN RUDOLF SCHARPING IST LEGITIM

Mit Sachverstand und Leidenschaft

Oswald Metzger kann eine ziemliche Nervensäge sein. Dem nächsten Bundestag wird er nicht mehr angehören, denn er hat den Kampf um einen aussichtsreichen Listenplatz verloren und danach seinen Abschied von der Politik erklärt. Jetzt forderte der grüne Abgeordnete den Rücktritt des Verteidigungsministers, weil dieser bei der Beschaffung von neuen Militärflugzeugen parlamentarische Rechte missachtet habe. Der Fall liegt klar: Oswald Metzger kann nicht verlieren. Er betreibt eine Politik der verbrannten Erde. Was ließe sich schon zu seinen Gunsten sagen?

Eine ganze Menge. Er ist ein anerkannter Haushaltsexperte und verfügt über eine inzwischen selbsten Tugend: politische Leidenschaft. Seit Monaten kämpft Metzger gegen die Umstände der Airbusbeschaffung, und er hatte maßgeblichen Anteil daran, dass Rudolf Scharping kürzlich nachbessern musste. Zum Ärger seiner koalitionsstreuen Parteifreunde. Der wolle sich doch nur für die Listenaufstellung profilieren, hieß es damals. Heute heißt es: Er will sich für die Niederlage rächen. Es ist für

Abgeordnete der Grünen offenbar nicht einfach, den Zeitpunkt abzuspielen, zu dem sie Überzeugungen mit dem Segen der Fraktionsspitze vertreten dürfen. Unter Willy Brandt hatte die SPD versprochen, mehr Demokratie wagen zu wollen. Der Bruch dieses Versprechens stand Pate bei der Gründung der grünen Partei. Aber die ist ja nun erwachsen geworden, und deshalb kann ihr Umweltminister Jürgen Trittin jetzt im Fernsehen erklären, Metzger sei für seine Rücktrittsforderung „sofort abgestraft“ worden. Was für eine Sprache!

Die Details des Airbus-Konflikts sind kompliziert. Weder die Grünen noch die SPD scheinen jedoch an Einzelheiten interessiert zu sein. SPD-Fraktionschef Peter Struck fand es lediglich ärglich, dass ein Mitglied der Koalition den Rücktritt eines Ministers forderte. So viel zur Rolle des Parlaments als Kontrollorgan der Exekutive. Metzger hat offenbar gute Gründe, für parlamentarische Rechte zu kämpfen. Aber er steht nicht mehr zur Wahl. Im Gegensatz zu anderen, die allerdings auch abgewählt werden können.

BETTINA GAUS

Ab in die Mutti-Ecke!

Was ist die Familie wert? (5) Viel, sagen die Parteien derzeit und versprechen mehr Kindergeld. Doch viel wichtiger ist etwas anderes: mehr elternfreundliche Jobs

„Ich habe endlich eine Freundin, die nicht in meiner Firma arbeitet“ (die Webseite netslaves.com über die positiven Folgen einer Internetpleite).

Mit einem „Kick-Off-Workshop“ lautet ein US-Computerhersteller das neue Geschäftsjahr ein. 150 Vertriebsmanager aus ganz Europa treffen sich in einem süddeutschen Luxushotel. Seeblick und gutes Essen sind Nebensache, im Mittelpunkt steht die mit geradezu religiöser Inbrunst beschworene Unternehmenskultur. Dazu gehört auch die so genannte Work-Life-Balance: Wie können betriebliche und private Interessen ins Gleichgewicht gebracht werden?

Das Thema stößt nur auf höfliches Interesse. Die Diskussion ist müde. Ein paar Frauen berichten von Erfahrungen mit Babypause oder Teilzeitarbeit. Aber selbst bei ihren Geschlechtsgenossinnen ernten sie damit nur mäßige Aufmerksamkeit. Die Männer schweigen.

Die meisten Anwesenden sind um die 30. Sie haben keine Kinder oder, wie einige Männer in der Kaffeepause verschämt zugeben: Sie haben eine Frau für ihre Kinder. „Vereinbarkeitsprobleme“ zwischen Kind und Karriere gibt es nicht, 70-Stunden-Wochen sind die Regel; Mitarbei-

tiges berufliches Projekt unbedingt abgeschlossen werden muss? Was bringen (nötige) Kinderbetreuungsangebote am Nachmittag, wenn Eltern auch abends oder am Wochenende für die Firma da sein müssen? Wer riskiert, das kurzfristig angesetzte „Meeting“ einfach ausfallen zu lassen – mit der „rein privaten“ Begründung: Ich muss jetzt meinen Sohn abholen?

Die Work-Life-Balance, das belegt gerade das anhaltende Reden über sie, ist alles andere als im Lot. Der Beruf ist nach wie vor das Zentrale, das sonstige Leben eine Restgröße. Gewiss, auch in Deutschland gibt es Personalchefs, die von der Harmonie von Beruf und Privatem reden. Wenn die Mitarbeiter zufriedener sind, steigt die Produktivität, lautet die Gleichung. Jenseits solcher Balance-Rhetorik ist die Arbeitswelt aber keineswegs darauf eingestellt, dass Eltern besondere Pflichten haben. Eine gezielte Arbeitszeitpolitik für die „Mitte des Lebens“ – die Zeit, in der Kinder großgezogen werden – existiert nur in wenigen Betrieben. Gerade in der digitalen Ökonomie mit ihrer Turbulenzalität kollidieren Beruf und Familie.

Es gibt zaghafte neue Ansätze, um vor allem männliche Führungskräfte für dieses Thema zu sensibilisieren. Doch in vielen Vorstandsetagen ist hinter vorgehaltener Hand weiterhin von „Sozialklimbim“ die Rede. Und wenn gutwillige Führungszirkel schon mal über das „familienfreundliche“ Unternehmen diskutieren, heißt das meist „mütterfreundlich“. Dann richten Betriebe – mit gönnerhaftem Paternalismus – eine Art Mutti-Ecke ein und vermarkten sie imagefördernd. Die Arbeitsbedingungen von Vätern bleiben so familienfeindlich wie eh und je.

Was tun? Männer müssen bei der Arbeit „fauler“ sein dürfen. Das ist überspitzt ausgedrückt, trifft aber den Kern. Effektiv für Unternehmen sind Überstundenklappen – zumindest solange die Vielerbeiter nicht ernsthaft ihre Psyche und Gesundheit gefährden. Der kinderorientierte Teilzeitpapa hingegen wirft einfach mehr Sand ins Getriebe als der 16-Stunden-Workaholic.

Die gut gemeinte Berater-Rhetorik vernebelt, dass Erwerbsarbeit und Familie in zentralen Punkten hart aufeinander prallende Gegensätze sind: Wer sich an der privaten Versorgungsarbeit ernsthaft beteiligen will, muss im Job Kompromisse eingehen. Wer Karrierejobs haben will, muss oft sehr mobil sein. Doch öfter mal die Stadt zu wechseln ist schlicht familienfeindlich.

Hinzu kommt eine neue Arbeitsform: die Telearbeit. Sie soll eine harmonische Balance zwischen Job und Elternpflichten ermöglichen. Doch die Verlagerung (von Teilen) des Arbeitsplatzes in die Privatwohnung lässt die Grenzen zwischen Job und Freizeit verschwimmen. Immer verfügbar, immer zu spät, alles verpasst: „Kombination von Mobilität und Mobilität“ heißt

das in der Sprache der Personalführung. „Twenty four – seven“ propagieren US-Unternehmensberater als neues Arbeitsprinzip: stets zu Diensten, 24 Stunden täglich, sieben Tage die Woche. In der Firma zu Hause und zu Hause online: Da fällt es schwer, einen klaren Strich zu ziehen. Und das droht auf Kosten der Familien zu gehen.

So zeigen die neuen Freiheiten an der Grenze zwischen Beruf und Privatsphäre ein janusköpfiges Gesicht. Ist „Feierabend“ tatsächlich ein altnorm-

Familienpolitik muss „dirigistisch“ sein. Wenn sie vor den Werkstoren endet, bleibt sie stumpf.

scher Begriff, den nur noch Spieler benutzen, wie aus den Gründerrufen der Neuen Ökonomie zu hören war? Oder eine gesellschaftliche Errungenschaft, ein Refugium, das sich der Arbeitswelt als einzigem Tagkeiter des Lebens verweigert? Spielräume für Familie gibt es nur, wenn das Privatleben nicht zum Restposten verkommt, der sich der bezahlten Tätigkeit unterordnen muss. Nur jenseits einer 24-Stunden-Ökonomie finden Menschen Gelegenheit, sich um andere zu kümmern oder „bürger-schaftlich“ zu engagieren.

Was kann die Politik ändern? Folgt man dem neoliberalen Denken, soll sie sich einfach heraushebeln aus der Wirtschaft. Doch Familienpolitik darf sich nicht auf Mutti-Prämien und mehr Kitas beschränken. Sie muss in die Arbeits- und Sozialpolitik eingreifen, sonst bleibt sie stumpf. Im besten Fall kann sie so, wie in Skandinavien oder den Niederlanden, gesellschaftliche Werte schleichend verändern. Die dortigen Beispiele zeigen, dass man durch staatliche Anreize familienfreundliche Arbeitszeiten weit stärker belohnen kann, als das bei uns bisher der Fall ist – neben einer garantierten Alterssicherung etwa durch niedrigere Steuersätze oder subventionierte Sozialabgaben.

THOMAS GESTERKAMP



Thomas Gesterkamp, Journalist in Köln, ist Koautor von „Hauptsache Arbeit? – Männer zwischen Beruf und Familie“ (Rowohlt). Demnächst erscheint sein Buch „gutesleben.de – Die neue Balance von Arbeit und Liebe“ (Klett-Cotta). Unsere Serie wird fortgesetzt.

die anderen

Die Kronenzeitung aus Wien begrüßt die Aussagen des Papstes zum sexuellen Missbrauch von Kindern durch katholische Würdenträger: Für Johannes Paul II. war nicht die Angst vor der Presse oder der öffentlichen Meinung ausschlaggebend; es war seine eigene moralische Entrüstung, die ihn zu einer eindeutigen Verurteilung der Verfehlungen veranlasste. Trotz der äußeren Gebrechlichkeit lieferte der Papst so den ihm versammelten amerikanischen Kardinälen eine Probe seines ungebrochenen Willens und auch seiner Strenge und Härte. Die offenen Worte Johannes Pauls werden in der ganzen Weltkirche ihre Wirkung tun.

Il Messaggero aus Rom dagegen meint: Nicht nur die zahlreich anwesenden Medienvertreter hatten von Rom ein Drama reich an Höhepunkten ganz nach der Art Hollywoods erwartet. Stattdessen haben sie ein Dokument bekommen, das die traditionellen Prinzipien eines sehr orthodoxen Katholizismus bekräftigt: Die Bischöfe in den Vereinigten Staaten haben den zwischen ihren Kardinälen und dem Vatikan erzielten Kompromiss zum Pädophilen-Problem innerhalb des katholischen Klerus mit Verwirrung und Enttäuschung aufgenommen. Die Abschlusserklärung der römischen Gespräche hat in besonderer Weise die Opfer der Übergriffe enttäuscht.